

INHALT

- | | |
|---|--|
| 1. Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 – TGO | 4. Verlängerung der Schwellenwertverordnung |
| 2. Richtlinien der Landesregierung über die Gewährung von Finanzzuweisungen nach § 21 Abs. 9 und 10 des Finanzausgleichsgesetzes 2008 | 5. Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik – Veranstaltungen |
| 3. Rettungsdienst Tirol | 6. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2012 |
| | 7. Bedarfszuweisungen 2011 |

1.

Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 – TGO

Der Tiroler Landtag hat in seiner Sitzung vom 15. Dezember 2011 eine Novelle zur Tiroler Gemeindeordnung 2001 – TGO beschlossen. Die Mehrzahl dieser Änderungen wird mit dem Ablauf des Tages der Kundmachung, das ist voraussichtlich Mitte Februar 2012, in Kraft treten.

Im Folgenden werden die wesentlichen Inhalte dieser Gesetzesänderung vorgestellt:

1. Anhebung des Strafrahmens von 1.820,- Euro auf 2.000,- Euro (§ 11 Abs. 6 und § 18 Abs. 2): Mit dieser Änderung wird im Fall einer widerrechtlichen Verwendung eines Gemeindewappens sowie für die Nichtbefolgung von ortspolizeilichen Verordnungen der Strafrahmen an die Entwicklung des Geldwertes angepasst.

2. Aberkennung einer Ehrung (§ 14 Abs. 4): In Hinkunft besteht die Möglichkeit, durch Beschluss des Gemeinderates eine Ehrung zu widerrufen.

3. Beurlaubung eines Gemeinderatsmitgliedes (§ 26 Abs. 1): Über begründeten Antrag des Betroffenen (z. B. aufgrund eines längeren Auslandsaufenthaltes) besteht nunmehr für den Bürgermeister die Möglichkeit, die Beurlaubung eines Gemeinderatsmandatars für bestimmte Zeit vorzunehmen.

4. Entsendung von Vertretern der Gemeinde in Organe von juristischen Personen, an denen die Gemeinde beteiligt ist (§ 30 Abs. 1 lit. I): Mit dieser Regelung erfolgt eine Klarstellung dahingehend, wonach das Entsendungsrecht von Vertretern der Gemeinde in Organe

von juristischen Personen in Hinkunft ausdrücklich als Aufgabe des Gemeinderates definiert wird. Davon unberührt bleibt jedoch, dass nach § 55 Abs. 1 der Bürgermeister die Gemeinde nach außen vertritt (z. B. in der Generalversammlung einer GmbH oder in der Hauptversammlung einer AG).

5. Recht des Gemeinderates, die Erlassung von Verordnungen an andere Gemeindeorgane zu delegieren (§ 30 Abs. 2): Es ist nunmehr vorgesehen, dass die Erlassung von Verordnungen durch den Gemeinderat an den Gemeindevorstand oder an den Bürgermeister delegiert werden kann. Eine solche Delegation könnte sich beispielsweise bei bestimmten Verordnungen aufgrund der Straßenverkehrsordnung, die – wie etwa im Zusammenhang mit Baustellen – regelmäßig kurzfristig zu erlassen sind, als zweckmäßig erweisen. Zwingend dem Gemeinderat weiterhin vorbehalten bleiben jedoch die Erlassung von ortspolizeilichen Verordnungen, Satzungen und die Ausschreibung von Gemeindeabgaben.

Dies gilt jedoch nicht, wenn in den Materiengesetzen ausdrücklich der Gemeinderat als verordnungserlassendes Organ vorgesehen ist.

6. Erstreckung der Frist für die Einladung zur Gemeinderatssitzung (§ 34 Abs. 2): Zukünftig muss die Einladung zu Gemeinderatssitzungen zumindest fünf Werktage (bisher: fünf Tage) vor dem Tag, an dem die Sitzung stattfinden soll, beim Mitglied des Gemeinderates eingelangt sein.

7. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die zwischen den Gebietskörperschaften im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes 2011 vereinbarte Regelung zur Schaffung von verbindlichen Haftungsobergrenzen (§ 86 und § 106 Abs. 2): Im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspaktes 2011, BGBl. I Nr. 117/2011, wurde erstmals eine autonome Schaffung verbindlicher Haftungsobergrenzen für die jeweiligen Gebietskörperschaften einschließlich der Regelung des Verfahrens bei Haftungsübernahmen und von Risikovorsorgen für den Fall von Ausfällen vorgesehen. Dabei sind die Haftungsobergrenzen von den Ländern für die Gemeinden so festzulegen, dass sie im Bereich der Haushaltsführung der Gemeinden zur Sicherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts und zu nachhaltig geordneten Haushalten beitragen. Mit der Neufassung des § 86 wurde dieser aus Art. 10 Abs. 4 des Österreichischen Stabilitätspaktes 2011 erfließenden Verpflichtung nachgekommen und mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2012 eine gesetzliche Grundlage für die Einführung von Haftungsobergrenzen auf Gemeindeebene geschaffen.

Die nähere Ausgestaltung (Obergrenze, Risikoklassen, Risikovorsorge etc.) bleibt jedoch noch einer von der Landesregierung zu erlassenden Verordnung vorbehalten.

8. Ausdehnung der Erstellung eines mittelfristigen Finanzplanes auf drei Jahre (§ 88 Abs. 1): Mit der Ausdehnung des Planungszeitraumes von zwei auf drei dem jeweiligen Haushaltsjahr folgenden Jahren wird ebenfalls einer sich aus dem Österreichischen Stabilitätspakt 2011 ergebenden Verpflichtung zur mittelfristigen Finanzplanung Rechnung getragen.

9. Neufassung der Voraussetzungen für die Durchführung von elektronischen Fertigungen (§ 105 Abs. 2): Mit dieser Neuregelung wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die eigenhändige Bestätigung der sachlichen

und rechnerischen Richtigkeit der Leistung sowie die Ausstellung der Zahlungsanordnung mit vollem Namenszug bzw. Unterfertigung dann nicht mehr – arbeitsökonomisch sinnvoll – möglich ist, wenn in der Gemeinde eine elektronische Aktenverwaltung (z. B. ELAK) als Workflowsystem eingeführt ist. Im Einklang mit dem Effizienzgedanken des E-Government wird deshalb in Hinkunft im Rahmen der elektronischen Bearbeitung auf die Schriftlichkeit dann verzichtet werden können, wenn die Identität des anordnungsbefugten Organs sowie die Authentizität der Genehmigung im Sinn des E-Government-Gesetzes gewährleistet ist. Für die weitere Ausgestaltung dieser Regelung ist jedoch noch eine von der Tiroler Landesregierung vorzunehmende Anpassung der Gemeinde-Haushaltsverordnung 2001 erforderlich.

10. Erweiterte Möglichkeiten zur Bildung von Gemeindeverbänden (§ 129 Abs. 1, § 130 Abs. 1 und § 142 Abs. 1 und 2): Über Initiative des Bundesrates wurde von National- und Bundesrat eine Novelle zum Bundesverfassungsgesetz zur Stärkung der Rechte der Gemeinden beschlossen und mit BGBl. I Nr. 60/2011 kundgemacht. In Umsetzung dieser bundesverfassungsgesetzlichen Änderungen wird es in Hinkunft Gemeinden ermöglicht, durch Vereinbarungen mit anderen Gemeinden ohne Aufgabenbeschränkung und im Rahmen des eigenen als auch – im Gegensatz zur bisherigen Regelung – des übertragenen Wirkungsbereiches einen Gemeindeverband zu bilden.

Abschließend wird auf die Möglichkeit hingewiesen, auf den gesamten Gesetzestext dieser Novelle samt Materialien unter dem Link „Tiroler Landtag / Parlamentarische Materialien / Gastzugang / Ausschussvorlagen / Sitzungsperiode auswählen / Regierungsvorlage zur Tiroler Gemeindordnung 2001 / Details / Dokumente / Erläuternde Bemerkungen“ zugreifen zu können.

2.

Richtlinien der Landesregierung über die Gewährung von Finanzzuweisungen nach § 21 Abs. 9 und 10 des Finanzausgleichsgesetzes 2008

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 17. Jänner 2012 die folgenden Richtlinien über die Gewährung von Finanzzuweisungen nach § 21 Abs. 9 und 10 des Finanzausgleichsgesetzes 2008, BGBl. I Nr. 103/2007, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 4/2012, beschlossen:

1. Gemeindefusionen und Gemeindekooperationen (§ 21 Abs. 9 FAG 2008)

1.1. Von den nach § 21 FAG 2008 zur Verfügung stehenden Finanzzuweisungen werden 2.000.000,- Euro als Vorweganteil für Gemeindefusionen und Gemeindekooperationen nach § 21 Abs. 9 FAG 2008 vorgesehen.

1.2. Gemeindefusionen:

1.2.1. Eine Gemeindefusion ist die Vereinigung von zwei oder mehreren Gemeinden.

1.2.2. Eine Gemeindefusion ist von den interessierten Gemeinden bis 15. Juni des laufenden Jahres anzumelden. Der Anmeldung sind die korrespondierenden Beschlüsse der Gemeinderäte dieser Gemeinden und deren Kundmachungsnachweise anzuschließen.

1.2.3. An jede an der Gemeindefusion beteiligten Gemeinde werden im ersten Jahr 80.000,- Euro, im zweiten Jahr 60.000,- Euro, im dritten Jahr 40.000,- Euro und im vierten Jahr 20.000,- Euro gewährt.

1.2.4. Wird die Gemeindefusion nicht wirksam, so ist die gewährte Finanzzuweisung längstens bis 31. Jänner des auf die Gewährung folgenden Jahres zurückzuzahlen.

1.3. Gemeindekooperationen:

1.3.1. Eine Gemeindekooperation ist die nachhaltige und rechtlich gesicherte Zusammenarbeit von zwei oder mehreren Gemeinden. Die Zusammenarbeit kann in einer zivil- oder öffentlich-rechtlichen Rechtsform (wie Vertrag, Gesellschaft des bürgerlichen Rechts oder Unternehmensrechts, Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder Gemeindeverband) erfolgen.

Für folgende Vorhaben wird eine Finanzzuweisung gewährt:

- Kinderbetreuung in von Gemeinden betriebenen Krabbelstuben und öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen;
- öffentliche Pflichtschulen;

- Betreuungseinrichtungen für alte und gebrechliche Menschen, Alten- und Pflegeheime;
- Bestattungseinrichtungen;
- Wasserversorgung;
- Abfallentsorgung, Bau- und Recyclinghöfe;
- Gemeindeämter, wenn die Verwaltung zur Gänze oder teilweise für zumindest eine andere Gemeinde übernommen wird;
- Feuerwehreinrichtungen;
- mehr als zwei Gemeinden dienende Veranstaltungseinrichtungen, sofern dies die einzige Veranstaltungseinrichtung in allen beteiligten Gemeinden ist;
- mehr als zwei Gemeinden dienende Sportanlagen, deren Ausgestaltung zumindest die Durchführung von österreichischen Meisterschaften zulässt und ein entsprechendes ÖISS-Gutachten vorliegt, sofern sie nicht als multifunktionale Sportanlage im Sinn des Infrastrukturförderprogrammes des Landes Tirol gefördert wird.

Für eine bereits bestehende Zusammenarbeit kann eine Finanzzuweisung dann gewährt werden, wenn eine wesentliche Verbesserung der Einrichtung erfolgt oder zumindest eine Gemeinde neu hinzukommt.

1.3.2. Gemeindekooperationen sind von den interessierten Gemeinden bis 15. Juni des laufenden Jahres anzumelden. Der Anmeldung sind die korrespondierenden Beschlüsse der Gemeinderäte dieser Gemeinden und deren Kundmachungsnachweise anzuschließen. Den Beschlüssen müssen die genaue Beschreibung und Finanzierung des Vorhabens zu entnehmen sein.

1.3.3. Je Gemeindekooperation können höchstens 15%, sofern jedoch zumindest 50% der Investitionskosten auf beteiligte Gemeinden entfällt, die eine Finanzkraft pro Kopf unter dem Landesdurchschnitt aufweisen, höchstens 20% der damit verbundenen Investitionskosten bezuschusst werden. Die maximale Förderhöhe darf 250 000,- Euro pro Vorhaben nicht übersteigen.

Im Fall der Ausschöpfung des Vorweganteiles durch Ausschüttungen nach 1.2.2. und 1.3.2. ist der Zuschuss nach 1.3.3. entsprechend dem Verhältnis der Finanzkraft (§ 21 Abs. 5 FAG 2008) aller an den angemeldeten Gemeindekooperationen beteiligten Gemeinden aliquot zu kürzen.

1.3.4. Wird die Gemeindekooperation nicht wirksam oder wird sie innerhalb von drei Jahren aufgelöst, so ist die gewährte Finanzzuweisung längstens bis 31. Jänner des auf die Gewährung bzw. Auflösung folgenden Jahres zurückzuzahlen. Im Fall der Auflösung im vierten Jahr sind zwei Fünftel und im fünften Jahr ist ein Fünftel der gewährten Finanzzuweisung längstens bis 31. Jänner des auf die Auflösung folgenden Jahres zurückzuzahlen.

1.4. Wird der Vorweganteil nicht oder nicht zur Gänze ausgeschöpft, so sind die verbleibenden Mittel den nach 2. zu verteilenden Mitteln zuzuschlagen.

2. Verteilung der restlichen Finanzzuweisungen auf Landesebene (§ 21 Abs. 10 FAG 2008)

2.1. Die Gemeinden Tirols werden entsprechend § 21 Abs. 3 Z. 2 FAG 2008 für den gemäß § 21 Abs. 10 FAG 2008 auf Landesebene durchzuführenden weiteren Verteilungsvorgang in folgende Größenklassen eingeteilt:

bis höchstens 2.500 Einwohner,
 von 2.501 bis 10.000 Einwohner,
 von 10.001 bis 20.000 Einwohner,
 von 20.001 bis 50.000 Einwohner,
 über 50.000 Einwohner.

2.2. Die Finanzkraft einer Gemeinde wird ermittelt aus der Summe der Grundsteuer, Kommunalsteuer, Gewerbesteuer, Lohnsummensteuer und Getränkesteuer und der den Gemeinden zugekommenen Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben ohne Spielbankabgabe und den aufgrund des Verteilungsvorganges nach § 21 Abs. 7 FAG 2008 hinzuzurechnenden Finanzzuweisungen. Für die Berechnung der Finanzkraft sind die letzten verfügbaren Rechnungsunterlagen heranzuziehen.

2.3. Die Summe der Finanzkraft der Gemeinden einer in 2.1. genannten Größenklasse, für ein Jahr auf den Kopf der Bevölkerung der Gemeinden in dieser Größenklasse berechnet, bildet die Landesdurchschnittskopfquote einer Größenklasse.

2.4. Die Einwohnerzahl einer Gemeinde, vervielfacht mit der Landesdurchschnittskopfquote der betreffenden Größenklasse, ergibt den Finanzbedarf der Gemeinde.

2.5. Die nach § 21 Abs. 10 FAG 2008 zu verteilenden Finanzzuweisungsmittel werden im weiteren Verteilungsvorgang auf jene Gemeinden, deren Finanzbedarf höher ist als ihre Finanzkraft aliquot aufgeteilt, sofern sie die im § 21 Abs. 5 FAG 2008 angeführten Abgaben im höchstmöglichen Ausmaß erheben.

3.

Rettungsdienst Tirol

Mit 1. Juli 2011 ist die Zuständigkeit zur Sicherstellung des öffentlichen Rettungsdienstes von den Gemeinden auf das Land Tirol übergegangen.

Gemäß § 3 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 des Tiroler Rettungsdienstgesetzes 2009 hat das Land Tirol als Träger von Privatrechten die bedarfsgerechte sowie sparsame, wirtschaftliche und zweckmäßige Erbringung der Leistungen der Notfallrettung und des qualifizierten Krankentransportes im Landesgebiet sicherzustellen.

Zur Besorgung dieser Aufgaben hat das Land gemäß § 3 Abs. 3 des Tiroler Rettungsdienstgesetzes 2009 durch schriftlichen Vertrag vom 14. Juli 2010 der Bietergemeinschaft „Rettungsdienst Tirol“ die Durchführung der Aufgaben des öffentlichen Rettungsdienstes übertragen. Aufgabe des öffentlichen Rettungsdienstes ist zum einen die Notfallrettung, die die medizinische Erstversorgung und den Transport von Verletzten, Kranken oder sonst Hilfsbedürftigen umfasst, und zum

anderen der qualifizierte Krankentransport aufgrund einer ärztlichen Beurteilung.

Des weiteren hat der öffentliche Rettungsdienst dafür Sorge zu tragen, dass auch Einsätze mit einer hohen Anzahl von Verletzten oder Erkrankten unterhalb der Katastrophenschwelle ausreichend sicher und schnell bewältigt werden können (Großschadensereignis).

Gemäß § 11 Abs. 1 des Tiroler Rettungsdienstgesetzes 2009 hat jede Gemeinde zur Finanzierung der bodengebundenen Notfallrettung einen jährlichen Beitrag von 4,- Euro je Einwohnergleichwert an das Land Tirol zu entrichten. Weiters ist von den Gemeinden gemäß Abs. 2 jährlich ein Beitrag an das Land Tirol zu entrichten, der dem nach Abs. 1 zu entrichtenden Gesamtbeitrag entspricht und auf die einzelnen Gemeinden im Verhältnis ihrer Finanzkraft aufzuteilen ist. Die Finanzierungsbeiträge wurden den Gemeinden bereits für das dritte und vierte Quartal 2011 mittels Bescheid vorge-

schrieben. Der Beitrag der Gemeinden ist je zu 25 v. H. zum Ende eines Kalenderquartals am 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember zur Zahlung fällig.

Durch Zahlung der jeweils vorgeschriebenen Beiträge sind sämtliche Verpflichtungen der Gemeinden zur Mitfinanzierung des bodengebundenen Rettungs-

dienstes erfüllt. Eine weitere finanzielle Beteiligung an der Finanzierung des bodengebundenen Rettungsdienstes ist nicht vorgesehen.

Für allfällige Rückfragen steht die Abt. Zivil- und Katastrophenschutz gerne zur Verfügung.

Mag. Bettina Wengler
Abt. Zivil- und Katastrophenschutz

4.

Verlängerung der Schwellenwertverordnung

Die Geltungsdauer der Schwellenwertverordnung 2009, BGBl. II Nr. 125, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. II Nr. 455/2010, wurde bis zum 31. Dezember 2012 verlängert (BGBl. II Nr. 433/2011). Im

Übrigen haben die in diesem Zusammenhang im Merkblatt für die Gemeinden Tirols, Juni 2009, Nr. 22, dargelegten Ausführungen weiterhin Gültigkeit.

5.

Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik - Veranstaltungen

FACHTAGUNG:

Am 27. April 2012 findet im neuen Festsaal im Landhaus in Innsbruck die Fachtagung zum Interreg-IV-Projekt „Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik“ statt. Nach einem spannenden Vortrag von Diplompädagoge Peter Martin Thomas (Stuttgart) über jugendliche Lebenswelten gibt es am Nachmittag einige Möglichkeiten zur Interaktion: Wir laden ins Worlcafé, zu Top oder Flop und zum Politikerrap!

Eingeladen sind GemeindepolitikerInnen und JugendarbeiterInnen und alle, die am Thema Jugend interessiert sind!

STAMMTISCH UND TAGESSEMINAR im Februar/März 2012 für GemeindepolitikerInnen im Zuge des Interreg-IV Projektes „Jugend-Kompetenz in der Gemeindepolitik“:

- **Stammtisch „Suchtprävention und Jugendschutz“**
Mag. Gerhard Gollner, Leiter von kontakt+co Suchtprävention Jugendrotkreuz (Innsbruck) und Dr. Peter Koler, Direktor Forum Prävention (Bozen) informieren über Sucht und Suchtgefahren sowie über Möglichkeiten der Prävention, indem sie praxiserprobte und bewährte Präventionsprogramme vorstellen. Vor allem aber soll es bei diesem Stammtisch zum Erfahrungsaus-

tausch der TeilnehmerInnen aus den verschiedenen Gemeinden Tirols und Südtirols kommen.

Zeit: Donnerstag, 9. Februar 2012, 19.30 bis 21.30 Uhr

Ort: Hotel Post, Brennerstraße 45,
6150 Steinach am Brenner

Infos und Anmeldungen:

Katja Huebser,

Tel. +43/(0)699/17266190

E-Mail: katja.huebser@tirol.gv.at

- **Tagesseminar: „Jugendbeteiligungstage“**

Georg Mahnke vom Netzwerk co:retis (Innsbruck) stellt das Projekt „Jugendbeteiligungstage“ vor, das auf dem Prinzip der Anerkennung junger Menschen als ExpertInnen für ihr Lebensumfeld basiert. Erwachsene haben vielfach schon vergessen, was junge Menschen brauchen. Deshalb sollen Jugendliche bei Entscheidungen, die ihre Lebenswelt betreffen, mitreden, mitgestalten und mitbestimmen können.

Zeit: Freitag, 2. März 2012, 10.00 bis 17.00 Uhr

Ort: Tiroler Bildungsinstitut Grillhof in Igls,
6080 Igls-Vill, Grillhofweg 100

Infos und Anmeldungen:

Katja Huebser,

Tel. +43/(0)699/17266190

E-Mail: katja.huebser@tirol.gv.at

6.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2012

Ertragsanteile an	Jänner		Änderung	
	2011	2012	in Euro	in %
EINKOMMEN- UND VERMÖGENSTEUERN:				
Veranlagter Einkommensteuer	9.075.876	8.945.070	-130.807	-1,44
Lohnsteuer	15.874.032	18.350.663	2.476.631	15,60
Kapitalertragsteuer	505.877	1.216.875	710.999	140,55
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	342.856	312.206	-30.650	-8,94
Körperschaftsteuer	11.718.056	12.680.693	962.637	8,21
Erbschafts- und Schenkungssteuer	27.457	22.785	-4.672	-17,02
Stiftungseingangssteuer	3.202	15.470	12.268	383,11
Bodenwertabgabe	144.869	136.109	-8.760	-6,05
Stabilitätsabgabe	0	1.019.571	1.019.571	100,00
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	37.692.225	42.699.442	5.007.217	13,28
SONSTIGE STEUERN:				
Umsatzsteuer *)	18.466.718	18.232.308	-234.410	-1,27
Abgabe von alkoholischen Getränken	33	26	-7	-20,83
Tabaksteuer	1.043.070	1.263.949	220.879	21,18
Biersteuer	147.843	161.498	13.655	9,24
Mineralölsteuer	3.196.220	3.559.717	363.496	11,37
Alkoholsteuer	93.496	101.739	8.243	8,82
Schaumweinsteuer	1.245	709	-535	-43,00
Kapitalverkehrssteuern	39.525	60.846	21.321	53,94
Werbeabgabe	376.495	367.838	-8.657	-2,30
Energieabgabe	675.138	1.001.110	325.972	48,28
Normverbrauchsabgabe	353.239	392.939	39.701	11,24
Flugabgabe	0	94.987	94.987	100,00
Grunderwerbsteuer	6.695.564	7.264.712	569.148	8,50
Versicherungssteuer	699.661	837.690	138.030	19,73
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.078.179	1.003.114	-75.065	-6,96
KFZ-Steuer	138.067	99.098	-38.969	-28,22
Konzessionsabgabe	239.481	312.420	72.940	30,46
rechnungsmäßig Ertragsanteile	33.243.974	34.754.703	1.510.729	4,54
abzüglich: Gemeindeanteil am Pflegegeld	0	879.083	879.083	100,00
Summe sonstige Steuern	33.243.974	33.875.620	1.510.729	4,54
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe Ertragsanteile der Gemeinden	70.936.199	76.575.062	5.638.863	7,95
*) davon:				
Getränkesteuerausgleich	4.940.455	4.877.008	-63.447	-1,28
Ausgleich Abschaffung Selbstträgerschaft	250.835	250.835	0	0,00

7. Bedarfszuweisungen 2011

AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG
Abteilung Gemeindeangelegenheiten

GEMEINDEAUSGLEICHSFONDS
Bedarfszuweisungen 2011
nach Verwendungszwecken

Beträge in Euro

Bezirk	Krankenhäuser	Volksschulen	Hauptsch. Polytchn. Lehrgang Sonderschulen	Abwasserbeseitigung ^{*)}	Wasserversorgung	Wildbach- und Lawinerverbauung	Katastrophenschäden	Straßen Wege Brücken	Gemeinde- und Mehrweckhäuser	Altenheim Jugendheim	Kinder- gärten und	Feuerwehr		Sonstige Zwecke	Gesamt
												Geräte- häuser	Fahr-zeuge und Aus- rüstung		
Bezirk Imst	662.000	120.000	1.987.900	1.397.760	726.000	180.000	32.989	417.000	837.000	795.000	18.290	38.000	2.130	830.170	8.044.239
Bezirk Innsbruck-Land	362.000	1.262.000	1.256.000	824.880	1.067.000	428.000	60.586	2.504.000	2.520.000	753.400	995.194	1.039.970	192.350	1.332.568	14.597.948
Bezirk Kirchbühel	2.170.500	100.000	58.000	552.520	100.000	165.000	30.923	900.000	640.000	2.290.000	3.754	870.000	74.000	603.922	8.558.619
Bezirk Kufstein	683.500	28.250	2.040.000	417.460	565.000	350.500	47.668	2.013.000	764.250	300.000	12.609	225.500	32.200	1.046.607	8.526.544
Bezirk Landeck	538.000		343.100	697.810	372.000	596.700	50.050	1.491.800	1.450.000	400.000	400.000	480.000	170.750	1.193.291	7.783.501
Bezirk Lienz	741.700	144.000	400.000	564.710	479.300	473.900	101.052	1.369.300	750.000		77.160	15.000		3.108.106	8.224.228
Bezirk Reutte		177.000	314.000	639.430	280.000	1.011.500	4.055	1.237.000	1.220.000		8.870	333.000	81.100	1.846.276	7.152.231
Bezirk Schwaz	805.400	915.000	1.231.773	425.530	934.500	437.000	369.507	1.840.500	725.000	626.000	116.731	180.000	16.000	739.065	9.362.006
Bezirk Innsbruck-Stadt		1.700.000	450.000			700.000		6.150.000							9.000.000
Sonstige														200.000	200.000
Schul- und Kindergartenbauförderung															
Gesamtsumme	5.963.100	4.446.250	8.080.773	5.520.100	4.523.800	4.342.600	696.830	17.922.600	8.906.250	4.764.400	1.632.608	3.181.470	568.530	10.900.005	84.861.789

*) inklusive Bedarfszuweisungen für den Gebührenhaushalt Kanal

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR NOVEMBER 2011

(vorläufiges Ergebnis)

	Oktober 2011 (endgültig)	November 2011 (vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	104,0	104,1
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	113,9	114,0
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	125,9	126,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	132,5	132,6
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	173,3	173,3
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	269,4	269,6
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	472,7	473,1
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	602,3	602,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	604,2	604,8

Der Index der Verbraucherpreise 2010 (Basis: Jahresdurchschnitt 2010 = 100) für den Kalendermonat November 2011 beträgt 104,1 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für Oktober 2011 um 0,1% gestiegen (Oktober 2011 gegenüber September 2011: +0,1%). Gegenüber November 2010 ergibt sich eine Steigerung um 3,6% (Oktober 2011/2010: 3,4%).

Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck